V-06 Digitale Bildung in öffentlicher Hand für Bildungsgerechtigkeit und Souveränität

Antragsteller*in: Philipp Heyken Soares (KV Aachen)
Tagesordnungspunkt: 8. Verschiedenes

Antragstext

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich auf Landesebene für eine öffentlich getragene, gerechte und souveräne digitale Bildung in Nordrhein-Westfalen ein.

Dazu zählen insbesondere folgende Punkte:

1. Alle Schüler*innen und Lehrkräfte in Nordrhein-Westfalen haben Zugang zu sicheren, datenschutzgerechten und kostenfreien digitalen Bildungswerkzeugen — unabhängig von Schulform, Schulträger oder Wohnort.

2. Die digitale Bildungsinfrastruktur der Schulen liegt in öffentlicher Hand. Das Land trägt sie gemeinsam mit anderen Bundesländern, dem Bund sowie europäischen Partner*innen, statt isolierte Einzellösungen zu finanzieren.

3. Der Betrieb digitaler Werkzeuge in den Schulen ist nicht auf Konzerne außerhalb des Rechtsraums der Europäischen Union angewiesen. Daten von Schüler*innen und Lehrkräften bleiben in europäischer Hand und fließen nicht in die Geschäftsmodelle einzelner Anbieter ein.

4. Lehrkräfte konzentrieren sich auf das Unterrichten. Beschaffung, Wartung und Support digitaler Werkzeuge übernimmt die öffentliche Hand zentral — etwa über eine Landesstelle, die Schulen einheitlich versorgt.

5. Lehrkräfte erhalten praxisnahe Fortbildungen, die sie befähigen, digitale Werkzeuge im Unterricht selbstbestimmt einzusetzen und den sachgerechten Umgang mit diesen zu vermitteln. Dies gilt insbesondere auch für Werkzeuge mit Künstlicher Intelligenz.

6. Werkzeuge mit Künstlicher Intelligenz im Unterricht sind pädagogisch geeignet, gerecht und vorab ethisch geprüft. Sie fördern Kinder gezielt und unter Einbeziehung individueller Stärken und Schwächen in ihrer sprachlichen, fachlichen und sozialen Entwicklung. Sie entlasten Lehrkräfte, ohne diese in ihrer pädagogischen Verantwortung zu ersetzen.

Begründung

In den Klassenzimmern Nordrhein-Westfalens steht es um die digitale Ausstattung schlecht. Lehrkräfte verlieren Stunden mit Geräten, die nicht starten, mit Anmeldungen, die nicht funktionieren, sowie mit Datenschutzfragen, auf die niemand eindeutig antworten kann. Wo die öffentliche Hand keine Werkzeuge bereitstellt, springen Konzerne aus den Vereinigten Staaten ein — etwa Google, Microsoft und OpenAI. Sie liefern bequeme Lösungen, sammeln dabei aber die Daten von Schüler*innen und Lehrkräften ein und prägen, wie eine ganze Generation lernt.

Dieser Zustand ist kein technisches Problem, sondern ein politisches. Wer in Schulen die digitale Grundlage legt, entscheidet darüber, ob Kinder selbstbestimmt mit digitalen Werkzeugen umgehen lernen oder ob sie zu Datenlieferant*innen weniger Konzerne werden. Und wer die Infrastruktur betreibt, prägt mit, wie Schüler*innen lernen und was Schüler*innen unter Bildung verstehen.

Es gibt erste Schritte in die richtige Richtung. Die sechzehn Länder bauen seit 2024 gemeinsam an einer öffentlichen Plattform für Schulen — bekannt als „Adaptives Intelligentes System" (AIS). Teil davon ist der Schreibassistent „telli", den die Schulen in Nordrhein-Westfalen seit Dezember 2025 nutzen können. Der Quellcode ist offen, die Daten verlassen den europäischen Rechtsraum nicht. Das ist die Richtung, die wir wollen.

Allerdings bleiben diese Initiativen bislang zu klein und zu schwach finanziert. Eine Plattform, die alle Länder, den Bund und europäische Partner*innen zusammenbringt, entsteht nicht nebenher. Sie braucht eine klare politische Trägerschaft, langfristige Mittel und Tempo. Insbesondere fehlt bislang die personalisierte Lernbegleitung, die Kinder dort abholt, wo sie stehen — und die gerade jenen Kindern hilft, die zuhause weniger Unterstützung erfahren.

Damit das gelingt, müssen Lehrkräfte mitkommen. Praxisnahe Fortbildungen sind kein Anhang, sondern Voraussetzung. Wer digitale Werkzeuge im Unterricht einsetzt, muss verstehen, wie sie funktionieren, wo ihre Grenzen liegen und wie sich pädagogische Verantwortung dabei behaupten lässt. Werkzeuge mit Künstlicher Intelligenz sind Hilfsmittel. Die Beziehung zwischen Lehrkraft und Schüler*in ersetzen sie nicht.

Eine solche Infrastruktur lässt sich nicht aus einem einzelnen Landeshaushalt finanzieren. Nordrhein-Westfalen hat aber Gewicht — als bevölkerungsreichstes Land mit der größten Schullandschaft der Republik. Treibt dieses Land den Aufbau einer öffentlichen, europäisch verankerten digitalen Bildung voran, folgen andere. Treibt es ihn nicht voran, füllen weiterhin Konzerne das Vakuum, die schon heute zu viele Daten zu wenig kontrolliert verarbeiten.

Digitale Bildung darf sich nicht nur auf Infrastruktur beschränken, sondern muss Kinder und Jugendliche befähigen, Informationen kritisch einzuordnen, eigenständig zu urteilen und auch im Umgang mit zunehmend autonomen KI-Systemen kognitiv und ethisch souverän zu bleiben.

Wir GRÜNE in Nordrhein-Westfalen stehen für eine Bildung, die öffentlich getragen wird, die Kindern unabhängig von Herkunft, Sprache oder sozialem Hintergrund gleiche Chancen eröffnet, und die mit digitaler Technik mündig umgeht, anstatt ihr ausgeliefert zu sein.

Unterstützer*innen

Mela Chu (KV Köln); Alexander Engel (KV Duisburg); Michael Werner (KV Aachen); Patric Lenhart (KV Bonn); Burkhard Hornbruch (KV Wuppertal); Tobias Rödel (KV Hagen); Catalin Gagiu (KV Heinsberg); Sabine Gabel (KV Wuppertal); Ida Holschbach (KV Köln); Susanne Engel (KV Köln); Edith Vossebrecker (KV Köln); Nicole Hansen (KV Köln); Maximilian Vogel (KV Köln); David Jarne Nörtemann (KV Essen); Sabine Dunisch (KV Köln); Christian Stracke (KV Bonn); Benedikt Wildenhain (KV Essen); Christian Schmitz (KV Köln); Johannes Schmäing (KV Essen); Kristine Saveca (KV Köln); Nico Hohmt (KV Krefeld); Vivian Breucker (KV Köln); Katharina Mickler (KV Köln); Jan Schuler (KV Märkischer Kreis); Cornelia Steil (KV Köln); Marjan Frauke Eggers (KV Märkischer Kreis); Denise Brilla (KV Märkischer Kreis); Tim Moser (KV Münster); Julian Rengstorf (KV Bochum); Martina Burkardt (KV Köln); Christopher Horne (KV Köln); Dirk Niemeyer (KV Mettmann); Annette Schmidt (KV Köln); Aeneas Niklas Marxen (OV Köln-Lindenthal); Lena Willeke (KV Köln); Christian Trutz (KV Recklinghausen); Alexander Votteler (KV Aachen); Alexander Schneider (KV Heinsberg)